

: Mit politischer Bildung Demokratiegefährdungen entgegenwirken

Wir erleben aktuell viele problematische gesellschaftliche Entwicklungen: Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer, die Diskursverschiebung nach rechts hat die extreme Rechte und ihre Ideologie gestärkt, Wissenschaftsfeindlichkeit ist präsenter geworden. Und wir befinden uns in einer Klimakrise, die unsere Lebensgrundlage bedroht. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sorgt international für Unsicherheit in Politik und Gesellschaft. Das alles verstärkt die Ungerechtigkeit weltweit und vor Ort, verleiht Verschwörungserzählungen Auftrieb und ist eine Gefahr für die Demokratie. Rechter Terror, wie der rassistische Terroranschlag in Hanau und die steigende Anzahl antisemitischer Übergriffe sind Ereignisse, mit denen sich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene auseinandergesetzt werden muss. Diese Phänomene wirken sich stark auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus. Sie sind davon besonders betroffen, weil sie mit den Folgen des heutigen Handelns länger leben müssen. Junge Menschen leben heute mit dem Gefühl einer unsicheren Zukunft und einer wachsenden Zahl von Krisen. Ihr Start ins Leben sollte anders aussehen.

Politische Bildung bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich mit den Themen auseinanderzusetzen, die sie beschäftigen. Sie ist ein wichtiger Teil der Demokratie: als Teil der politischen Auseinandersetzung und als Teil der Demokratisierung. In krisenhaften Zeiten kommt ihr eine besonders wichtige Rolle zu: kritisches Denken fördern, Bestehendes hinterfragen, eigene Positionen entwickeln und zum individuellen und kollektiven Handeln ermutigen. Politische Bildung darf aber nicht als Lösung für alle Probleme unserer Zeit verstanden werden. Sie kann keine Verantwortung für politische Entscheidungen tragen, aber sie kann dabei unterstützen, bessere zu treffen. Dafür braucht es qualifizierte Haupt- und Ehrenamtliche, die politische Bildung umsetzen. Politische Bildung muss attraktiv sein für junge Menschen, die sich engagieren möchten. Träger brauchen daher förderliche Rahmenbedingungen, um dieses Engagement zu ermöglichen. Das bedeutet einerseits, ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu haben, um junge Menschen qualifizieren, betreuen und angemessen honorieren zu können. Für gute politische Bildungsarbeit ist das entgegengebrachte Vertrauen gegenüber Trägern unabdingbar, um autonomes Handeln zu ermöglichen.

Politische Bildung unterstützt junge Menschen dabei, eine eigene Haltung zu entwickeln und kann daher nicht neutral sein. Lernprozesse sollen ermöglicht, Respekt gegenüber

Menschen geübt und Zivilcourage gestärkt werden. Politische Bildung bietet Raum für gesellschaftliche Kontroversen und unterschiedliche Positionen. Sie macht Demokratie erleb- und erfahrbar. Gleichzeitig verdeutlicht und verinnerlicht politische Bildung, dass Äußerungen und Handlungen aktiv widersprochen werden muss, die die Würde von Menschen verletzen. Eine besondere Rolle kommt dabei der selbstorganisierten Jugendarbeit zu: dort wählen Kinder und Jugendliche selbst die Themen aus, mit denen sie sich beschäftigen und gestalten so aktiv politische Bildung mit.

Politische Bildung findet an unterschiedlichen Orten statt. Sie findet in kommunalen Jugendbildungswerken, den Jugendverbänden im Hessischen Jugendring und überregionalen Bildungseinrichtungen statt. Viele Formen politischer Bildung, die nicht innerhalb dieser Förderlogik stattfinden, werden über Landes- oder Bundesprogramme finanziert. Diese Form der Projektförderung betrifft einen in den letzten Jahren gewachsenen Kreis an Trägern. Für Projekte, die auf kurzfristige Ereignisse reagieren, kann diese Form der Förderung sinnvoll sein. Andere Formen politischer Bildung bedürfen einer langfristigen Förderung.

Politische Bildung sollte auch in ländlichen, infrastrukturell schwächeren Regionen stattfinden. Wichtiger Akteur ist hierfür das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in der Trägerschaft des hjr. Als Teil eines bundesweiten Netzwerks setzen freiwillig Engagierte Projektstage und Workshops vor allem für Jugendliche um. Thematisiert werden neben Rassismus und Rechtsextremismus auch Sexismus und Queerfeindlichkeit, Antisemitismus und Klassismus. Das NDC erreicht auch Jugendliche in ländlichen Regionen Hessens; ein Ausbau dieser Aktivitäten ist wünschenswert. Ein weiteres Instrument der außerschulischen politischen Bildung in Hessen sind die U18-Wahlen. Bei ihnen können Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wählen und ihre Stimme abgeben. Sie können so zeigen, wo sie sich positionieren, ihre Themen einbringen und öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen, damit Politiker_innen sich mit ihren Belangen auseinandersetzen. Kinder und Jugendliche werden durch die U18-Wahl unterstützt, das demokratische System zu verstehen und sich eine eigene Meinung zu bilden.

: Forderungen



Politische Bildung für Kinder und Jugendliche ausbauen und aufwerten

Die außerschulische politische Jugendbildung lebt vom Engagement in freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe. Ihr Engagement ist durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Angebote und gute Rahmenbedingungen abzusichern. Das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) muss dem gerecht werden und politische Bildung als eigenes Handlungsfeld abbilden. Für die politische Bildung mit Kindern muss im HKJGB endlich eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

Projektförderung in Strukturförderung überführen

Der erfolgreiche Aufbau der zahlreichen Projekte der Demokratieförderung und der politischen Bildung im entsprechenden Landesprogramm seit 2015 muss fortgesetzt werden. Hier ist es dringend geboten, etablierte und auf Dauer angelegte Projekte besser auszustatten und abzusichern. Für das Netzwerk für Demokratie und Courage, als größtes landesweites Projekt der politischen Bildung, ist dringend eine dauerhafte Finanzierung herzustellen. Der mehrjährigen Projektförderung muss eine Strukturförderung für die Demokratieförder-Projekte folgen, um nachhaltig und professionell weiterzuarbeiten. Ein eigenes Demokratiefördergesetz für Hessen sollte die gesetzliche Grundlage für die Zusammenarbeit von Landesregierung und Trägern bilden.

U18-Wahl als Angebot der politischen Bildung fördern

Eine Landesförderung ist notwendig, damit sich Kinder und Jugendliche anlässlich der Wahlen in Hessen politisch informieren und bilden können. Nur eine gute finanzielle Ausstattung stellt sicher, dass durch die U18-Wahl landesweit Zugänge zu politischer Bildung hergestellt werden und Kinder und Jugendliche in eigenen U18-Wahllokalen über die Parteien und ihre Programme abstimmen können.

Zivilgesellschaft vor Angriffen von Rechts schützen

Das zivilgesellschaftliche Engagement zur Demokratieförderung lässt Aktive und Organisationen immer wieder zum Ziel von Verleumdung, Delegitimierung, aber auch Bedrohung und Gewalt werden. Damit dieses Engagement nicht einbricht, braucht es Unterstützung, Solidarität und Schutz durch den Staat. Darüber hinaus ist Vertrauen wichtig: Projekte der Demokratieförderung dürfen nicht anlasslos in ihrer demokratischen Haltung in Frage gestellt werden. Für Betroffene von Bedrohung und Gewalt sind ausreichend Opferberatungsstellen zur Verfügung zu stellen. Auch für Organisationen mit Beratungsbedarf muss eine kostenlose Unterstützung sichergestellt werden.